
FDP Main-Kinzig

FRAKTION: PM SCHULENTWICKLUNG DES MAIN-KINZIG-KREISES AUF IRRWEGEN

24.05.2022

Schulentwicklung des Main-Kinzig-Kreises auf Irrwegen

Die aktuellen Schulentwicklungsaktivitäten des Schuldezernenten Winfried Ottmann sind für die FDP-Fraktion im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises nicht nachvollziehbar.

Schulentwicklungsplanung muss in ihren Zielen und Auswirkungen immer ganzheitlich und im Gesamtzusammenhang gedacht werden. Diese Auffassung teilt die Kreisspitze offensichtlich nicht.

So hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung die Verlängerung der Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Hanau über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus dem Main-Kinzig-Kreis bis 2028 beschlossen, ohne dass der vor eineinhalb Jahren aufgrund von gravierenden Mängeln in den Bildungsausschuss zurücküberwiesene Schulentwicklungsplan (SEP) den Gremien des Kreistags zwischenzeitlich wieder vorgelegt worden wäre.

Die Opposition im Kreistag hat von den Plänen des Landrats Thorsten Stolz und des Schuldezernenten Ottmann, wie die gymnasiale Beschulung von Kindern aus dem westlichen Main-Kinzig-Kreis langfristig sichergestellt werden soll, bisher nur über die Presse erfahren.

„Dies ist nach unserer Auffassung zuallerst einmal schlechter Stil“, stellt die Fraktionsvorsitzende der FDP im Kreistag, Anke Pfeil, fest. Aber auch inhaltlich muss Sie die Pläne der Großen Koalition massiv kritisieren: „Schulpolitik sollte immer auch den Elternwillen berücksichtigen.“

„Irritiert sind wir insbesondere über das Umfallen des Schuldezernenten Winfried Ottmann. Dieser hat sich wohl dem Druck der sozialdemokratischen Schulideologen

beugen müssen, denn von den bisherigen eigenen Grundpositionen hat sich Ottmann weitgehend entfernt“ zeigt Pfeil auf und nennt hierfür beispielhaft den nun öffentlich gemachten Plan, die Bertha- von-Suttner-Schule um eine Oberstufe zu erweitern, anstatt ein zusätzliches traditionelles Gymnasium im Westkreis zu errichten.

Dabei wäre die Errichtung eines weiteren Gymnasiums wichtig, denn die Plätze an der Karl-Rehbein-Schule und an der Hohen Landesschule können bereits innerhalb weniger Jahre aufgrund der Auskreisung und des Bevölkerungswachstums der Stadt Hanau entfallen.

Der Ausbau der Nidderauer Bertha-von-Suttner-Schule entspricht zwar dem Wunsch der rot-grünen Schulideologen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht dem Wunsch der Bevölkerung.

„Für die aller meisten Kinder und deren Eltern ist die Frage nach der für sie passenden weiterführenden Schule exorbitant wichtig. Wer sich mit seinem Kind für eine Anmeldung an einem der Hanauer Gymnasien entscheidet, der tut dies ganz bewusst, weil er sich für sein Kind eine schulische Ausbildung an einem klassischen Gymnasium mit den dort vorgehaltenen Angeboten und Ausrichtungen wünscht“, erläutert Pfeil.

Eine Oberstufe an einer Gesamtschule hilft da nicht weiter, wie die Tatsache zeigt, dass bereits heute eine bemerkenswerte Anzahl von Bruchköbeler Eltern ihr Kind auf ein Hanauer Gymnasium schickt, obwohl es vor Ort ein gutes Gesamtschulangebot gibt.

Es wird im Westkreis künftig ein klares Überangebot an integrierten Gesamtschulen und einen Mangel an Plätzen an traditionellen Gymnasien geben. Dass dieses Defizit nicht schon zurzeit besteht, ist entsprechend der Kooperationsvereinbarung der Stadt Hanau und des Main-Kinzig-Kreises zu verdanken.

Diese Kooperationsvereinbarung ist vor 15 Jahren durch den ehemaligen Stadtrat der Stadt Hanau und heutigen ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten, Dr. Ralf-Rainer Piesold, und dem damaligen Schuldezernenten des Main-Kinzig-Kreises, Günter Frenz (CDU) vereinbart worden.

„Die bisherige Kooperationsvereinbarung war ein optimales Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit. Denn bisher haben alle Beteiligten – die Kinder, die Eltern, die Schulgemeinde und die Stadt bzw. der Kreis, davon profitiert. Auf den ersten Blick scheint

auch die neue Kooperationsvereinbarung zunächst wie ein Vorteil für den Main-Kinzig-Kreis, kann sich jedoch schnell als Bumerang erweisen“, zeigt Dr. Piesold auf.

Der Kreis bezahlt zwar unter dem Strich weniger für die Kinder, muss aber dafür Gelder für die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. An der Hohen Landesschule sollen nun Container aufgestellt werden.

„Container sind immer ein Provisorium“, stellt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Kreistagsfraktion, Kolja Saß fest und ergänzt: „Sie können und dürfen keine langfristige Lösung sein. Container sind nicht so wertbeständig und könnten auch nicht so gut in die Architektur der bestehenden Schulgebäude eingebunden werden. Zudem haftet ihnen immer etwas von einer Zweite-Klasse-Unterbringung an. Man muss befürchten, dass die Stadt Hanau allein schon wegen ihres sich stetig erhöhenden eigenen Bedarfs an Plätzen an ihren Gymnasien nicht voll hinter dieser Schulvereinbarung steht.“

Eltern aus dem Westkreis könnten sich daher längerfristig nicht mehr darauf verlassen, dass ihren Kindern ein Platz in einem traditionellen Gymnasium zur Verfügung steht. Auch der beabsichtigte Ausbau des Albert-Einstein-Gymnasiums ist in diesem Zusammenhang nur eine kleine Ergänzung, die das Problem nicht grundsätzlich lösen kann.

Ein weiteres traditionelle Gymnasium im Westkreis ist notwendig, um mit einem ausreichend großen Angebot auf den entsprechend vorhandenen Bedarf und den Wunsch vieler Eltern reagieren zu können.

„Ideale Bildungswege sind individuell unterschiedlich. Es muss darum gehen, beste Bildung für jedes Kind zu ermöglichen. Ideologisch motivierte Konzepte, die sich überholt haben, sind dabei fehl am Platz. Da die Kooperationsvereinbarung die Interessen der Eltern aus dem Westkreis nur unzureichend berücksichtigt, hat sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung enthalten“, schließt Anke Pfeil.